

FDP - Kreistagsfraktion Steinfurt – Waldfrieden 8a - 49477 Ibbenbüren

Der Fraktionsvorsitzende
Hans-Jürgen Streich
Waldfrieden 8a
49477 Ibbenbüren
Tel: 05451 / 7681
Mobil 0171 / 476183
Fax: 05451 / 18176
hans-juergen.streich@gmx.de

Ibbenbüren, den 14.12.2022

**Rede des Vorsitzenden der FDP Fraktion
im Kreistag des Kreises Steinfurt
zum Haushaltsentwurf 2023**

**Sozialer Ausgleich, Eigenverantwortung und Krise –
ein Haushalt in schwierigen Zeiten**

Im letzten Jahr stand die Etatrede der FDP ganz im Zeichen der Zukunft und blickte bei angespannter Lage durch die Coronapandemie optimistisch in die Zukunft.

Wie sich doch die Lage in kurzer Zeit geändert hat: Der heutige Tag zeigt, dass die Glaskugel als Ratgeber ein schwieriges Instrument ist. Die Belastungen durch die Coronapandemie bestehen fort, hinzugekommen sind ein Krieg in der Ukraine, daraus folgend eine neue Flüchtlingswelle, eine galoppierende Inflation und ein rasender Anstieg der Energiepreise. Dies alles ist die Kulisse für die Haushaltberatungen 2023.

Wie ist die Ausgangsposition?

Der Haushalt weist ein Volumen von 751 Mio € aus (Vorjahr: 661 Mio €) und damit eine Steigerung von mehr als 13%. Personal- und Sozialkosten steigen über alle Maßen.

Der LWL fordert einen Zahlbetrag von mehr als 143 Mio Euro vom Kreis Steinfurt.

Die größten Investitionen erfolgen im Straßen- und Hochbau, im Schulbau, im Grundstückserwerb, in Sicherheit und Ordnung und in den 50 Punkte Plan / Umweltprogramm.

Die Bürgermeister und Kämmerer üben an dem Entwurf deutliche Kritik, dabei kritisieren sie besonders das Haushaltsvolumen und den Personalaufwuchs. Sie sehen die Gefahr der Überschuldung in ihren Kommunen und Haushaltssicherungskonzepte auf sich zurollen. Leider bleibt die Stellungnahme im Allgemeinen, konkrete Einsparungsvorschläge fehlen.

Wie können wir gemeinsam als Kreispolitik steuern?

In Anbetracht dieser Gemengelage hat sich die FDP-Fraktion in diesem Jahr entschlossen, einen anderen Weg zu gehen. Wir kennen eben nicht jede Verwaltungsstruktur und jeden Verwaltungsprozess. Die kennen Landrat, Dezernenten, Referenten, Amtsleiter und Mitarbeitern viel besser.

Unsere Aufgabe als Politik sehen wir auf einer anderen Ebene. Die Politik muss formulieren, wo der Weg hingehen soll, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen und in welchen Politikfeldern es beschleunigter zugehen muss oder etwas langsamer gehen darf. Diese Festlegungen sind Teil der politischen Kultur und aus diesen Festlegungen muss sich dann der Rahmen ergeben, den die Verwaltung mit Leben füllt. Aufgabe der Politik ist die Gestaltung und Schwerpunktsetzung, Aufgabe der Verwaltung ist deren Umsetzung und der Hinweis auf Risiko und Möglichkeiten oder Hindernisse. Dazu gehört dann auch der Hinweis und die Steuerung der Politik im Hinblick auf den Verbrauch der Haushaltsmittel, damit dann wiederum politisch festgelegt werden kann, ob eine Initiative (noch) finanzierbar ist oder aus haushaltstechnischen Gründen doch verschoben werden sollte.

Eine solche Rollenaufteilung erfordert ein neuartiges Zusammenspiel von Verwaltung und Politik, ist aber nach unserer Überzeugung nahhaltiger und zielführender. In unserer Haushaltsklausur habe wir mit den Verwaltungsspitzen diese Neuorientierung ausführlich erörtert und deren Sinn deutlich gemacht.

Was also will die FDP Fraktion?

Vor diesem Hintergrund haben wir uns mit dem vorgelegten Haushalt auseinandergesetzt und stellen fest, dass der vorgelegte Haushalt gar nicht so überzogen ist, wie es zunächst den Anschein hatte. Allein Inflation, Energiekostensteigerung und Personalkosten machen nach unserer Einschätzung einen Zuwachs von ca. 10% Haushaltvolumen erforderlich, ohne dass auch nur ein Euro an Mehreinnahmen daraus generiert werden kann. Die Übernahme der Kosten für Unterkunft für Schutzsuchende aus der Ukraine, die Mehrbelastung aus zusätzlich steigenden Sozialstandards in den Bereichen des SGB II und des SGB XII und der Jugendhilfe führen zu weiteren unausweichlichen Mehrausgaben, die sich in der steigenden LWL Umlage wiederfinden. Die notwendigen Maßnahmen für Umweltschutzentwicklung und Ausbau der regenerativen Energien kommen ebenso hinzu, wie die Kosten für die Gefahrenabwehr und den Bevölkerungsschutz.

Im investiven Bereich kommen die Kosten für die Schulsanierungen und der Ausbau unserer Infrastruktur sowie die Ausgaben im Bevölkerungsschutz auf uns zu. Dabei unterstützen wir gerade die Investitionen in Bildung und Bildungsstätten wie die Förderschulen und die Berufskollegs, in Förderung der Ausbildung im Handwerk und in Verkehrswege. Auf letztere sind wir für die Wirtschaft angewiesen und wie wichtig sie für die Region sind, hat in diesem Jahr das vorgelegte Wirtschaftlichkeitsgutachten zum FMO gezeigt, dass uns in unserer langjährigen positiven Einschätzung der Wichtigkeit des Flughafens ja ausdrücklich bestätigt wurde.

Dennoch: Geld wächst nicht auf Bäumen, es ist auch kein nachwachsender Rohstoff. Also muss gespart werden denn die Decke der finanziellen Möglichkeiten ist inzwischen auch bei den Menschen im Kreis sehr kurz. Die wesentlichen Einsparungen gehen über die Begrenzung bzw Rückführung der immerwährenden Kostenzuwächse im sozialen Bereich. Die Umverteilung der Gelder über diese Stellschraube ist inzwischen bedrohlich geworden. Sie führt zu einer Belastung der Wirtschaftskraft vieler Haushalte des Kreises und der Kommunen. Dies lässt sich zunehmend schwerer mit unserer politischen Grundhaltung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen für sein Leben in Einklang bringen und wird von dieser Fraktion auch zunehmend kritisch gesehen. Dieses Thema werden wir angehen.

Unser Fazit

Jetzt ist nicht die Zeit für ungebremste Ausgabensteigerungen, jetzt ist die Zeit, sparsamer mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Ursprünglich war unser Ziel eine Einsparung von 10%. Im Zuge der Beratungen haben wir erkannt, dass dies nicht realistisch erreichbar ist. Daher lautet unser Vorschlag für diesen Kreistag, dem Haushalt dann zuzustimmen, wenn das Haushaltsvolumen um 2% reduziert wird. An welchen Stellen diese Einsparungen verwirklicht werden sollen, überlassen wir der Verwaltung.

Auch bei den Personalanforderungen wollen wir eine Reduktion der Stellenzahl erreichen. Das bedeutet nach den überarbeiteten Anforderungen des Kreises eine weitere Einsparung von ca 8 Stellen. Unsere Vorschläge dazu haben wir gemacht, für weitere Vorschläge sind wir offen. Wir haben aber volles Vertrauen in die Verwaltungsspitze, diese Vorgaben auch ohne weitere Vorschläge aus der Politik zu erreichen.

Bei den Investitionen schlagen wir keine Kürzungen vor, lediglich den Bau der Querspange Rheine-R werden wir weiterhin nicht mittragen, da der zu erwartende Effekt aus unserer Sicht die aufzuwendenden Kosten nicht rechtfertigt.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die im Jahr 2022 geleistete Arbeit.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren des Kreistages, für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine friedliche Weihnachtszeit und das Beste für 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Streich